

4 Die 8 Sicherheitsratsmitglieder waren: Argentinien, China, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Indien, Indonesien und die USA. Frankreich und Jordanien erklärten unabhängig hiervon, daß sie bereit seien, an einer Sitzung des Rates am 7. April 1966 teilzunehmen. Damit lag die Zustimmung von 10 von 15 Ratsmitgliedern zu einer außerordentlichen Sitzung an diesem Tage vor. Aus verbaler Quelle wurde berichtet, daß bei der am Vormittag des 7. April abgehaltenen Umfrage unter den Mitgliedern auch die Sowjetunion ihre Zustimmung zu einer dringlichen Sitzung an diesem Tage gegeben hat. Die im Sicherheitsrat übliche Methode bei Konsultationen über den Zeitpunkt einer Einberufung ist, daß eine einfache Mehrheit der Mitglieder entscheidet; über die Einberufung einer Sitzung selbst, sofern auch nur eines der Mitglieder sie fordert, besteht jedoch kein Zweifel.

5 Noch vor Ende der Amtszeit des Ratspräsidenten für den Monat April nahm der USA-Chefdelegierte Arthur Goldberg in einer Note an ihn zu der Situation Stellung, die durch die Verzögerung der Einberufung des Rates entstanden war (S.726) vom 21. April 1966. Es wurden einige Präzedenzfälle aus der Geschichte des Rates zitiert, aus denen sich ergab, daß der Ratspräsident nicht das Recht habe, sich über den Wunsch eines Ratsmitglieds nach sofortiger Einberufung und einer Mehrheit der Mitglieder nach einer Sitzung zu einem bestimmten Zeitpunkt, besonders angesichts dringender Entscheidungen, hinwegzusetzen. Es wurde dabei sowohl auf Artikel 23 der Charta hingewiesen, der den Sicherheitsrat als eine ständige Körperschaft konstituiert, als auch auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Rates, die dem Präsidenten das Recht geben, den Zeitpunkt der Sitzungen nach Konsultationen mit den Mitgliedern festzusetzen. Der Zeitpunkt, den der Präsident schließlich bekanntzugeben habe, sei ohne Konsultationen mit der USA-Delegation bestimmt worden. Das Schreiben verlangte, daß diese Stellungnahme der USA nicht nur als Dokument des Sicherheitsrates zirkuliere, sondern darüber hinaus in die vom UNO-Sekretariat angelegte Sammlung der Entscheidungen über das Verfahren des Rates aufgenommen werde. - Der Präsident des Rates, der Mail-Botschafter Ketta, antwortete am Tage vor Auslaufen seiner Amtszeit als Ratspräsident (S.727) vom 29. April 1966. Er berief sich auf das Recht, Konsultationen vor Einberufung einer Sitzung abzuhalten und den Zeitpunkt der Sitzung festzusetzen. Einige Ratsmitglieder hätten eine Sitzung für den 7. April gewünscht, andere nicht. Hierbei ließ der Präsident die Tatsache unerwähnt, daß

8 Mitglieder des Rates gemeinsam und unabhängig von ihnen zwei weitere, also insgesamt 10 von 15 Mitgliedern bereit waren, einer Sitzung noch am 7. April zuzustimmen. Präsident Ketta fand jedoch, wie er in seiner Antwortnote feststellte, daß seine Geschäftsführung nicht als Präzedenzfall angesehen werden könne.

6 Siehe Anm. 1.

7 UN-Doc. S.723 vom 9. April 1966.

8 UN-Doc. A/C.4.109158 vom 21. April 1966.

9 UN-Doc. A/RES/2049 (XX) vom 20. Dezember 1965.

10 UN-Doc. A.9289 vom 23. März 1966.

11 UN-Doc. S.711 vom 10. März 1966.

12 In einem Appell an alle Mitgliedstaaten und an weitere Länder, die wie die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz Beiträge für die Zypern-Aktion schon bisher geleistet hatten, ersuchte U Thant am 24. März 1966 (S.720) erneut um freiwillige Beiträge für die Aktion, wobei er zugleich auf das bestehende Defizit verwies.

13 UN-Doc. S.RES/20 (1966) vom 16. März 1966. - Deutsche Übersetzung siehe VN Heft 2/66 S. 2.

14 UN-Doc. S.718 vom 4. März 1966.

15 In den Beratungen der Menschenrechtskommission spielte die Beschwerde des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) wegen der Unterdrückung der Gewerkschaftsfreiheit in Burundi und der Bedrohung von Gewerkschaftsfunktionären mit dem Vollzug über sie verhängten Todesstrafe eine aus prinzipiellen Gründen wichtige Rolle. Es handelte sich um den ersten Fall, in dem ein Staat oder eine Regierung vor der Menschenrechtskommission zur Verantwortung gezogen werden sollte. Das Internationale Arbeitsamt forderte, daß diese Frage auf dringlichem Wege in die Tagesordnung der Menschenrechtskommission aufgenommen würde. Eine Entscheidung der Kommission in diesem Fall wäre ein wichtiger Präzedenzfall für andere Beschwerden gegen Staaten gewesen. Hierzu kam es aber nicht, da die Burundi-Delegation bei der UNO sich vorher bereit erklärte, eine Untersuchung der ILO über die Frage der Gewerkschaftsfreiheit zuzulassen. Später erklärte Burundi, eine Abmahnung nach Genf zu entsenden und dort Aufklärung über die in Burundi angeblich nicht respektierte Gewerkschaftsfreiheit zu geben.

16 UN-Doc. A/RES/1966 (XVII) vom 16. Dezember 1963. - Deutsche Übersetzung siehe VN Heft 6/64 S. 226.

17 Vgl. Bericht UN-Doc. A.5746 vom 16. November 1964.

18 UN-Doc. A/RES/2049 (XX) vom 20. Dezember 1965.

Deutschland und die Vereinten Nationen

Dokumente und Nachrichten

Generaldirektor des Weltkinderhilfswerks beim Bundespräsidenten

Bundespräsident Lübke empfing Anfang Mai den Generaldirektor des Weltkinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), Henry Richardson Labouisse aus New York. Mr. Labouisse dankte dem Bundespräsidenten für die bisher durch die Bundesregierung dem Weltkinderhilfswerk geleistete Hilfe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Hilfe in Zukunft noch verstärkt werden könne. Der Bundespräsident ließ sich von Mr. Labouisse über die große Aktion des Weltkinderhilfswerks berichten, die das Deutsche UNICEF-Komitee als Ausbildungs- und Gesundheitshilfe für Tunesien zu unternehmen begonnen hat. - UNICEF wurde 1947 gegründet. In den Jahren 1947 bis 1952 hat das Weltkinderhilfswerk vier große Aktionen in Deutschland durchgeführt und mehrere Millionen deutsche Kinder betreut. Allein schon aus diesem Grunde ist es angebracht, daß heute Deutschland seinerseits die Ziele des Weltkinderhilfswerks fördert (siehe Bild Seite 85).

UN-Seminar über Sozialarbeit in Deutschland

Führungskräfte der Sozialarbeit aus 16 europäischen Ländern nahmen an einer Arbeitstagung der Vereinten Nationen vom 3. bis 12. Mai 1966 in Arnoldshain teil. Veranstalter des Seminars war die Sozialabteilung des Genfer Büros der Vereinten Nationen, Gastgeber die Bundesregierung. Das Thema der Tagung lautete: »Die Funktion und die Ausbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Sozialarbeit«. Damit wurde eine Aufgabe angesprochen, die in unserer hochorganisierten Gesellschaft erneut an Bedeutung gewinnt, deren Gewicht sich aber gegenüber der früher vorherrschenden Auffassung von ehrenamtlicher Tätigkeit vollständig verlagert hat. Die veränderte Struktur unseres Zusammenlebens läßt Menschen hilfsbedürftig werden, ohne daß eine materielle Not vorliegt. Hinzu kommt, daß das System der sozialen Hilfen für den Einzelnen nicht mehr überschaubar ist. Diese Situation verlangt mehr und intensiver nach Mitverantwortung und Hilfe

im menschlichen Bereich. Ehrenamtliche Sozialarbeit ist weit entfernt von der Armenpflege früherer Jahrzehnte, sie verlangt in erster Linie Gemeinsinn und menschliches Verständnis. Auf dem Seminar tauschten 16 Nationen ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet aus, nicht zuletzt mit dem Ziel, einander zu unterrichten, wie mit modernen Methoden der Publizistik die breite Schicht der Menschen angesprochen werden kann, deren Bereitschaft latent vorhanden ist. - Dem jetzigen Seminar waren 1955 am gleichen Ort ein erstes mit dem Thema »Kinder in unvollständigen Familien« und 1958 ein zweites Seminar in Königswinter über die »Individuelle und soziale Bedeutung einer Tätigkeit für alte Menschen« vorangegangen. Auch in diesen beiden Fällen war der Veranstalter die Sozialabteilung der Vereinten Nationen am europäischen Sitz in Genf.

Deutscher Städtebund besucht die Vereinten Nationen

Während einer vom Deutschen Städtebund veranstalteten Amerikareise besuchten 90 Mitglieder des Deutschen Städtebundes die Vereinten Nationen. Nach einer offiziellen Führung durch das UNO-Gebäude hatten sie Gelegenheit, mit einem Mitglied der deutschen Beobachtermission die deutsche Mitarbeit in den Vereinten Nationen zu erörtern.

Weiterer deutscher Zypernbeitrag

Der amtierende deutsche Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, Professor Fritz Caspari, konnte dem Generalsekretär der Weltorganisation den Beschluß der Bundesregierung mitteilen, für die Zeit vom Ende Dezember 1965 bis Ende Juni 1966 einen weiteren Beitrag von 4 Millionen DM für die friedenserhaltende Operation der UNO in Zypern zur Verfügung zu stellen, und einige Tage später U Thant einen Scheck über 1 Million Dollar überreichen. Damit erhöht sich der deutsche Beitrag für die Zypernaktion auf 4,5 Millionen Dollar (18 Millionen DM). Inzwischen hat der Sicherheitsrat eine Verlängerung der Stationierung von UNO-Truppen auf Zypern bis Ende Dezember 1966 beschlossen. Die eingeleiteten Bemühungen um eine politische Lösung der

Zypernfrage sollen in der Zwischenzeit so weitgehende Fortschritte machen, daß die Anwesenheit von Truppen über das laufende Jahr hinaus nach Möglichkeit hinaufällig wird. U Thant hat sowohl bei Ankündigung und Überreichung des Beitrags als auch bei seiner Begegnung mit Bundesminister Scheel anlässlich der Tagung des Europa-Ministerrats in Straßburg Anfang Mai seinen Dank für diese stetige Unterstützung der Bemühungen der Vereinten Nationen um die Erhaltung des Friedens auf Zypern ausgesprochen.

Intendant des Senders ›Freies Berlin‹ in der UNO

Das zunehmende Interesse deutscher Rundfunkstationen an der Arbeit der Vereinten Nationen fand in einem Besuch des Intendanten des Senders ›Freies Berlin‹, Walter Steigner, und des Vorsitzenden des Rundfunkrats des Senders, Dr. Franz Suchan, bei der Weltorganisation seinen Ausdruck. Der deutsche Beobachter Botschafter von Braun gab in seiner Residenz den beiden Herren die Gelegenheit, mit UN-Delegierten zusammenzutreffen. Der UNO-Korrespondent des SFB, Rolf Menzel, der in Kürze als Korrespondent nach Washington übersiedeln wird, brachte die Besucher bei einem Frühstück mit den Rundfunk- und Fernsehexperten des Sekretariats der Vereinten Nationen zusammen.

Besuch von Paul Hoffman bei Bundeskanzler Erhard

Auf einer kurzen Europareise hat der Direktor des UN-Entwicklungsprogramms, Paul Hoffman, kürzlich auch Bonn besucht und eine längere Unterredung mit Bundeskanzler Professor Erhard geführt. Es lag Mr. Paul Hoffman daran, seine Vorstellungen über die langfristige Gestaltung der internationalen Entwicklungshilfe vorzutragen und nicht nur das inhaltliche Bedürfnis der Entwicklungsländer nach Unterstützung durch die reicheren Völker darzustellen, sondern auch die Bedeutung zu unterstreichen, die ein stetiges Ansteigen der Wirtschaftskraft in den Entwicklungsländern für die Industrieländer hat.

Neue UN-Organisation für industrielle Entwicklung

Der Industrieausschuß des Wirtschafts- und Sozialrats, der im Mai in New York tagte, beschloß, der Vollversammlung seine Auflösung und die Überführung seiner Aufgaben in die neue ›United Nations Organization for Industrial Development (UNOID) vorzuschlagen. Zur Vorbereitung dieser neuen Organisation trat ein Ad-hoc-Komitee zusammen, das einen Bericht über den Aufbau von UNOID und insbesondere über die Zusammensetzung ihres Verwaltungsrates erstattete. Dieser Rat wird nicht, wie es beim Industrieausschuß der Fall war, vom ECOSOC, sondern von der Vollversammlung der UNO gewählt werden. Man denkt an eine Mitgliedschaft von 45 Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland wird als großes Industrieland im Verwaltungsrat vertreten sein, so wie sie auch seit Jahren dem Industrieausschuß angehört. UNOID wird in der Bearbeitung von Wirtschaftsthemen in der UNO eine Lücke füllen und in einer gewissen Parallele zur Weltkonferenz eine Organisation für die industrielle Betreuung der Entwicklungsländer darstellen. Im Ad-hoc-Ausschuß war die Bundesrepublik durch Legationsrat Dr. Brunner von der Beobachtermission vertreten.

Internationale Kakaokonzferenz

Vom 23. Mai bis 23. Juni fand in New York im Rahmen der Welthandelskonferenz (UNCTAD) die internationale Kakaokonzferenz statt, die sich um ein Abkommen über Mindest- und Höchstpreise sowie um die Schaffung und Finanzierung eines Vorratsstocks zum Ausgleich von Preisschwankungen am Weltmarkt bemühte. Es war die erste große Rohstoffkonferenz, die im Rahmen der Welthandelskonferenz (UNCTAD) stattfand. Sie bedeutete insofern ein Novum, als damit auch in diese neue Wirtschaftsorganisation der UNO-Familie neben mehr theoretischen Diskussionen ein Verhandlungselement eingeführt wurde, das auf konkrete Ergebnisse hinielt. Zwar blieb diesmal ein endgültiges Ergebnis noch wegen einer Reihe sachlicher Meinungsunterschiede nicht nur zwischen den Herstellungsländern einerseits und den Verbraucherländern andererseits, sondern auch innerhalb jeder dieser beiden Gruppen aus. Immerhin wurden in den langwierigen Verhandlungen genügend Vorklärunge getroffen, um berechtigte

Hoffnungen auf weitere Fortschritte in einiger Zeit hegen zu können. Insbesondere konnte, im Gegensatz zur ersten Kakaokonzferenz von 1963, Einverständnis über den Umfang des Vorratsstocks (250 000 t), über die steigenden Einnahmen des Vorratsstocks (1 cent je lb Rohkakao) und über die zukünftigen Marktquoten der Erzeuger, dagegen noch nicht über die wichtigen Fragen der Mindest- und Höchstpreise und über die Vorfinanzierung des Vorratsstocks erzielt werden. Nach informellen Besprechungen, die der Generalsekretär der UNCTAD, Prof. Raoul Prebisch, im Sommer führen will, soll wahrscheinlich im Herbst in Genf eine Verhandlungsgruppe zur Klärung dieser Punkte zusammenreten. Für die nächste Kakaokonzferenz, für die ein Termin noch nicht feststeht, liegt eine Einladung der Regierung von Jamaika vor. – Die Bundesrepublik Deutschland, die ein großes wirtschaftliches Interesse am Kakaohandel hat und politisch bemüht ist, den Herstellerländern zu einer stabileren Wirtschaftsbasis zu verhelfen, nahm als Vollmitglied der Konferenz sehr aktiv an den Verhandlungen teil. Dabei wurde der deutschen Delegation auch von den Vertretern der Erzeugungsländer bestätigt, daß sie sich um Verständnis für das überragende wirtschaftliche Problem der Marktstabilisierung für die Erzeugerländer, vor allem in Afrika, bemühte. Die deutsche Delegation wurde von Ministerialdirektor Gebhardt vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geleitet; seine Stellvertreter waren Oberregierungsrat Kühn (Bundeswirtschaftsministerium) und Regierungsrat Dr. Schlüter (Bundesfinanzministerium). Die Verbände des Kakaohandels und der Schokoladenindustrie entsandten ebenfalls Vertreter; sie waren in der Regel nur für Teilschnitte der Konferenz abkömmlich und lösten dementsprechend einander ab.

Asienreise des deutschen Beobachters bei den Vereinten Nationen

Der deutsche Beobachter bei den Vereinten Nationen, Botschafter Sigmund von Braun, unternahm eine zweimonatige Informationsreise durch eine Reihe asiatischer Staaten, um sich über die Probleme Asiens zu unterrichten und seinerseits die Regierungen der besuchten Staaten über die deutsche Stellung in den Vereinten Nationen zu informieren. Vor mehr als Jahresfrist hatte Botschafter von Braun auf einer gleichartigen Informationsreise eine Anzahl von mittel- und südamerikanischen Staaten besucht.

Deutsche Teilnahme am ›Inneren Programm‹ der UN

Ein gutes Ergebnis brachte eine Ausschreibung in der Bundesrepublik für die Teilnahme an einem Fachseminar der Vereinten Nationen in Genf. Die Vereinten Nationen führen seit einigen Jahren jährlich ein solches Seminar unter der Bezeichnung ›Inneres Programm‹ durch. Das diesjährige Seminar findet vom 21. Juli bis 10. August statt. Veranstalter ist das Europäische Büro der Vereinten Nationen in Genf. Das Thema des diesjährigen Seminars heißt ›Städteplanung – ein Weltproblem (Urbanization: a World Challenge, Urbanisation: un problème mondial). Alle Probleme einer modernen großen Stadt werden erfaßt. Es gehören dazu Städtebebauung, Verkehrsweisen, öffentliches und privates Gesundheitswesen, Ernährungsfragen, Arbeitsprobleme und Arbeitsbedingungen usw. Dementsprechend weit ist der Teilnehmerkreis. Als Interessenten haben sich Soziologen, Nationalökonom, Architekten, Mediziner, Psychologen und Kommunalpolitiker gemeldet. Die Bewerber müssen eine entsprechende Fachausbildung nachweisen und außerdem Englisch oder Französisch beherrschen. Es meldeten sich aus der Bundesrepublik 16 Akademiker. Die von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen über 61 Universitäten, Technische Hochschulen usw. veranlaßte Ausschreibung war damit erfolgreich. Sechs deutsche Bewerber wurden durch die Auswahlkommission der Vereinten Nationen zugelassen. Die Teilnehmer kommen aus den USA, den europäischen und aus einigen nordafrikanischen Ländern. Gesamtleiter, Gruppenleiter und Referenten sind international angesehene Experten aus verschiedenen Ländern. Vormittags findet ein Referat für alle Teilnehmer statt, nachmittags je ein Referat für die Fachgruppen. Anschließend sind Diskussionen. Da die Bundesregierung an einer deutschen Teilnahme sehr interessiert ist, hat sie für die deutschen Teilnehmer Stipendien zur Verfügung gestellt.

DIE MITGLIEDSCHAFTEN IN DEN SONDERORGANISATIONEN DER UN

Staaten	UN	IAEA	ILO	FAO	UNESCO	WHO	FUND	BANK	IDA	IFC	ICAO	UFU	ITU	WMO	IMCO
Afghanistan	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Albanien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Algerien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Argentinien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Äthiopien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Australien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Belgien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Birma	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Bolivien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Brasilien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Bulgarien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Bundesrepublik Deutschland	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Burundi	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Ceylon	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Chile	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
China	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Costa Rica	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Dahome	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Dänemark	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Dominikanische Republik	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Ecuador	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Elfenbeinküste	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
El Salvador	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Finnland	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Frankreich	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Gabun	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Gambia	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Ghana	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Griechenland	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Großbritannien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Guatemala	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Guinea	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Haiti	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Honduras	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Indien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Indonesien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Irak	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Iran	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Island	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Israel	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Italien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Jamaika	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Japan	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Jemen	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Jordanien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Jugoslawien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Kambodscha	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Kamerun	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Kanada	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Kenia	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Kolumbien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Kongo (Brazzaville)	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Kongo (Leopoldville)	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Kuba	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Kuwait	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Laos	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Libanon	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Liberia	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Libyen	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Liechtenstein	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Luxemburg	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Madagaskar	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Malaysia	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Malawi	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+

Staaten	UN	IAEA	ILO	FAO	UNESCO	WHO	FUND	BANK	IDA	IFC	ICAO	UPU	ITU	WMO	IMCO
Malediven	+	-	-	-	-	+	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mali	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Marokko	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Mauretanien	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Mexiko	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Monaco	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Mongolische Volksrepublik	+	-	-	-	-	+	-	-	-	-	-	+	+	+	+
Nepal	+	-	-	-	-	+	-	-	-	-	-	+	+	+	+
Neuseeland	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+	+	+	+	+
Nicaragua	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Niederlande	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Niger	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Nigeria	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Norwegen	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Obervolta	+	-	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+	+	+	-
Osterreich	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Pakistan	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Panama	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+
Paraguay	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Peru	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Philippinen	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Polen	+	+	+	+	+	+	-	-	-	-	+	+	+	+	+
Portugal	+	+	+	+	+	+	-	-	-	-	+	+	+	+	+
Rumänien	+	+	+	+	+	+	-	-	-	-	+	+	+	+	+
Rwanda	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Sambia	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
San Marino	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+	+	+	+	+
Saudi-Arabien	+	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-
Schweden	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Schweiz	-	+	+	+	+	+	-	-	-	-	+	+	+	+	+
Senegal	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Sierra Leone	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-
Singapur	+	-	+	-	+	-	-	-	-	-	-	+	-	-	-
Somalia	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-
Sowjetunion	+	+	+	+	+	+	-	-	-	-	+	+	+	+	+
Spanien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Südafrika	+	+	+	-	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-
Sudan	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Süd-Korea	-	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Süd-Vietnam	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-
Syrien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Tansania	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Thailand	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-
Togo	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-
Trinidad und Tobago	+	-	+	+	+	+	+	+	-	-	+	+	+	+	+
Tschad	+	-	+	+	+	+	+	+	-	-	+	+	+	+	+
Tschechoslowakei	+	+	+	+	+	+	-	-	-	-	+	+	+	+	+
Tunesien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Türkel	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Uganda	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+	+	-
Ukraine	+	+	+	-	+	+	-	-	-	-	+	+	+	+	+
Ungarn	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Uruguay	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Vatikan	-	+	-	-	-	-	-	-	-	-	+	+	+	-	-
Venezuela	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-
Vereinigte Arabische Republik	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Vereinigte Staaten	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Waldrußland	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Westsamoa	-	-	-	-	-	+	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zentralafrikanische Republik	+	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Zypern	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-
Gesamtzahl	117	93	115	110 ³	120 ⁵	122 ⁶	103	103	96	80	110	127 ⁷	129 ⁸	126 ⁹	69